

17.07.2002 / Thema

Globalisierungsdiskurse

Kritik am außer Rand und Band geratenen weltweiten Kapitalismus muß nicht fortschrittlich sein

Christian Christen

*** Christian Christen, Jahrgang 1967, Sozialökonom und Diplomvolkswirt, ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und Mitglied der Memorandum-Gruppe. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind internationale Wirtschaftsprobleme, Grundlagen der Wirtschaftstheorie und -politik. Der folgende Artikel ist ein Vorabdruck aus einem am 21. August 2002 erscheinenden Buch (siehe unten)**

Entgegen anderslautender Behauptungen war es keine Besonderheit, daß die extreme Rechte Italiens in Gestalt von Forza Nuova, Fronte Nazionale und Comunità politica di avanguardia zu den Demonstrationen um den G-8-Gipfel in Genua mobilisierte (...). Die Episode verweist lediglich darauf, daß die extreme Rechte die Globalisierungsdebatte nutzt, um ihre rassistischen, antidemokratischen und antiegalitären Ziele zu propagieren.

Fakt ist, daß mindestens in Europa die Globalisierung zu einem Schwerpunkt der Formierung der extremen Rechten geworden ist (...). Globalisierungskritik kann nämlich auch üben, wer Nation und Volk durch die kulturelle Gleichmacherei einer international außer Rand und Band geratenen Ökonomie bedroht sieht und nach einer starken Hand ruft, die für Ordnung und Geborgenheit sorgt. Kritik an den Verhältnissen ist eben nicht per se fortschrittlich, und so liegt in der Abgrenzung gegenüber rechts außen eine Herausforderung für die globalisierungskritische Bewegung. Insofern wäre es notwendig, den Blick auf die Transformationen innerhalb der extremen Rechten zu richten. Nicht zuletzt wäre zu fragen, warum manche der eigenen Analysen und Vorstellungen anschußfähig für Diskurse der extremen Rechten sind. Einer Rechten, die sich nicht auf Skinheads oder Gruppen mit klar nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen reduzieren läßt, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Es spricht vieles dafür, daß der Neoliberalismus den Boden für die seit den 80er Jahren zu beobachtende politische Verschiebung bereitet hat, die sich im Abbau sozialer und demokratischer Rechte ausdrückt. Unter der übergeordneten Klammer der Verwirklichung von individueller Freiheit steht die Vermarktlichung aller Lebensbereiche im Zentrum der politischen Praxis (...). Es wäre jedoch falsch, die Entstehung des Neoliberalismus allein auf die Umbrüche der letzten fünfundzwanzig Jahre zurückzuführen. Bereits 1938 wurden die bis heute gültigen Vorstellungen (...) entwickelt und der Begriff »Neoliberalismus« als Eigenbezeichnung verwendet. Trotz intensiver Netzworfbildung, politischer Organisation und intellektueller Einflußnahme blieben die neoliberalen Streiter jedoch zunächst relativ ungehört. (...) Erst Mitte der 70er Jahre, im Abschwung der Nachkriegskonjunktur und der Ölpreiskrise, wurde der Ruf nach mehr Markt unüberhörbar. Galt der neoliberale Ansatz bis dato als zu radikal (...), wurde er nun zur Bestimmungsgröße zunächst der konservativen, dann der sozialdemokratischen Parteien und der sozial- wie wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung. Die Siege Ronald Reagans, Margaret Thatchers und der Regierungsantritt Helmut Kohls unterstrichen den Paradigmenwechsel (...).

Vor diesem Hintergrund, in den sich Anfang der 90er Jahre der Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme als Katalysator einfügte, suchten die Parteien der extremen Rechten nach neuen Konzepten und einer aktualisierten Programmatik. Einerseits profitierten sie indirekt vom Paradigmenwechsel und seinen Folgen: Soziale Milieus und Bindungen lösten sich schneller auf als zuvor, die Politikverdrossenheit stieg durch die

zunehmende Angleichung der Parteien. Sukzessive griffen in den 90er Jahren praktisch alle Regierungen vormals »rechte« Themen auf (u.a. diskriminierende Ausländerpolitik, law and order und die Wiederentdeckung von Elite, Hierarchie und Leistung). Daneben bereiteten die wachsende soziale Unsicherheit und der Verteilungskampf den Boden für den Ruf nach charismatischen Führern und autoritären Antworten. Und nicht nur Modernisierungsverlierer, sondern auch deren Gewinner wurden für die Propaganda der extremen Rechten zugänglich. Andererseits mußte sich die extreme Rechte den veränderten Bedingungen anpassen, da sich trotz des gesellschaftspolitischen Rückenwinds das Wählerpotential mit Anleihen aus der faschistischen Vergangenheit allein nicht erweitern ließ.

Programmatik, Erscheinungsbild und Diskursstrategien standen folglich seit den 80er Jahren auf dem Prüfstand (...). Bei allen Widersprüchen und Überschneidungen können dabei zwei Grundlinien beobachtet werden: Zum einen existiert eine modern auftretende Strömung, die sich stark an den autoritären und sozialdarwinistischen Positionen des Neoliberalismus orientiert, diese zum Teil radikalisiert und um traditionelle ideologische Versatzstücke (Werte, Familie, Volk, Nation) ergänzt, um so regierungsfähig zu werden. Zum anderen gibt es nach wie vor Gruppierungen und Parteien, die mit rassistischem, völkischem und antisemitischem Populismus punkten, sich auf die Wurzeln einer national-sozialen Revolution berufen und den Faschismus als einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus anpreisen. Je nach Stimmungslage und nationalen Bedingungen stehen sich beide Strömungen ambivalent gegenüber, treten innerhalb der Parteien auf, und die Ideologeme werden im parlamentarischen Agieren und »auf der Straße« verschieden eingesetzt. Gemeinsam ist beiden Strömungen, daß autoritäre, antiegalitäre und antidemokratische Ziele geblieben sind und die Vision einer homogenen Volks- und korporatistischen Produktionsgemeinschaft gepflegt wird.

Programme wie auch theoretische Texte sind dabei oft frei von eindeutigem Vokabular (...). Den rassistischen Blut- und Boden-Stereotypen etwa werden aktualisierte Begründungen an die Seite gestellt, oder sie werden ganz ersetzt, indem die Unterschiede an der Kultur festgemacht werden. Sei es als regionaler, kultureller Differentialismus wie bei der Lega Nord in Italien oder, indem das Bild des Kulturkampfes zwischen dem christlichen Europa und dem Islam bemüht wird. Auch der moderne Sozialdarwinismus bedarf keines Diktators, sondern kommt in neoliberaler Verpackung daher (...). Das Versagen im Konkurrenzkampf wird geschickt auf die individuelle Leistungsverweigerung zurückgeführt (...). Der Wohlfahrtsstaat gilt demzufolge als Hauptfeind, da über ihn eine Umverteilung durchgesetzt worden sei, welche die produktiven Kräfte der Gesellschaft gelähmt hätte und zu Hedonismus sowie kultureller Verwahrlosung führte.

Allerdings würde die strikte Umsetzung des neoliberalen Programmes das Problem der Desintegration (...) durch die »Anarchie des Marktes« verstärken. Um dies zu nutzen, steht ein autoritäres Staats- und Gesellschaftsverständnis parat, in dem die Bindungskraft von Traditionen und Werten beschworen (...) wird. Bei all dem setzt die Rechte nicht primär auf Symbolik, Formen der Beeinflussung oder Regierungsführung wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Letztlich wird der durch den starken Staat formierten Gesellschaft, deren Parlamentarismus endgültig zur Fassade wird, nur eine autoritäre Richtung vorgegeben, die durch die Litanei des Standortwettbewerbs bereits zum Alltagsverständnis geworden ist: Die Nation stellt sich dem Kampf in der Globalisierung und muß sich hierfür sozial von Grund auf erneuern (...).

Die extreme Rechte bietet somit eine politische Vision an, die neoliberale Diskurse aufgreift und ergänzt und sie gleichzeitig mit traditionellen Ideologemen anreichert. Das ist durchaus erfolgreich, wie die Regierungsübernahme unter Beteiligung bzw. Tolerierung der extremen Rechten in Österreich (FPÖ), Italien (Lega Nord, Alleanza Nazionale), Dänemark (Dansk Folkeparti) und Norwegen (Fremdsrittspartiet) beweisen. Ähnlich orientieren sich der Front national und die Nouvelle Droite in Frankreich, die Schweizer Volkspartei und der belgische Vlaams Blok wie auch die »Schill-Partei« in Deutschland.

Demgegenüber mobilisieren etwa die British National Party und die National Front in England sowie DVU, NPD und Freie Kameradschaften in Deutschland offen gegen die Globalisierung, nicht selten mit antikapitalistischen Phrasen. Diese vermeintliche Gegensätzlichkeit ist jedoch bei genauer Betrachtung lediglich Ausdruck einer Ausdifferenzierung der extremen Rechten unter den Vorzeichen neoliberaler Hegemonie. Vielmehr kennzeichnet das Erstarken der extremen Rechten und ihre fast schon selbstverständlichen Regierungsbeteiligungen den Beginn einer autoritären Phase des neoliberalen Projekts, der die Hoffnungen, das Ende des Neoliberalismus sei durch Mitte-Links-Regierungen eingeleitet worden, Lügen straft.

Nun wäre anzunehmen, daß die globalisierungskritische Bewegung bereits eine Reaktion auf die skizzierte politische Entwicklung sei und der extremen Rechten entgegenstehe. Solange sich die Rechte explizit neoliberal gibt oder eindeutig rassistische, antisemitische oder nationalistische Positionen verwendet, trifft dies sicher zu. Zugleich aber werden die Grenzen zwischen links und rechts durch die Heterogenität der globalisierungskritischen Bewegung, die noch in den Anfängen stehende theoretische Arbeit (...) manches Mal verwischt.

Ein Teil der extremen Rechten agiert zum Beispiel gegen die multinationalen Konzerne mit dem Hinweis, sie würden der nationalen Politik zunehmend den Entscheidungsrahmen vorgeben und diese einschränken. (...) Erstens sei der nationale Kapitalstock (...) in der Hand von Ausländern, und zweitens würden die klein- und mittelständischen Unternehmen von dieser Übermacht an die Wand gedrückt. Infolgedessen verlöre die heimische Volkswirtschaft ihre produktive Basis.

Ohne die nationale Begleitmusik sind diese Art der Konzerngegnerschaft u.a. mittels Rückgriff auf »small is beautiful«-Vorstellungen und mit dem Ruf nach Dezentralisierung oder der Überhöhung der Subsistenzproduktion in der globalisierungskritischen Bewegung ebenso verbreitet. Dabei ist es hinsichtlich der Kritik an Ausbeutung und Akkumulation im Prinzip unerheblich, wem das Unternehmen gehört oder welche Größe es hat.

Noch deutlicher sind die Überschneidungen in der Diskussion über die internationalen Finanzmärkte, in der sich deckungsgleiche Aussagen zu deren anonymer Macht und deren Einfluß auf die »Realökonomie« finden. Auch in der extremen Rechten gilt, daß die produktive und somit »gute« Verwendung des Kapitals für Investitionen und Beschäftigung durch die spekulativen Finanzmärkte untergraben würde. Dabei werden nicht immer offen antisemitische Ressentiments bemüht (...). Mithin besteht großer Klärungsbedarf hinsichtlich der Bedeutung der Unterscheidung von internationalem und nationalem Kapital und der Bewertung von »schlechtem« bzw. spekulativem Finanzkapital und »gutem« Produktivkapital.

Mit den ökonomischen Aspekten hängen für die extreme Rechte gleichfalls politische und kulturelle Fragen zusammen. Auch sie fordern das Primat der Politik über die Ökonomie und beklagen den Machtverlust des Nationalstaates. Diese Kritik zeichnet einerseits ein verklärtes Bild der Vergangenheit und unterstellt, daß der Staat eine vergleichsweise große Gestaltungsmacht besaß und diese quasi aus sich heraus für den sozialen Fortschritt eingesetzt habe. Andererseits wird die Globalisierung als Prozeß verstanden, der unabhängig von staatlichem oder politischem Handeln abläuft (...). Auf diese Weise kann von rechts und links ein dauernder Appell an die übergeordnete Vernunft der Politiker oder generell des Nationalstaates gerichtet werden, ihre Aufgaben in der Globalisierung zum Wohle aller endlich wahrzunehmen. Zwar sind damit unterschiedliche Vorstellungen des Politikwechsels verbunden, es bleibt jedoch nebulös, wer die tatsächlichen Träger von Reformen oder Revolutionen sein sollen (...).

Selbst in der Kulturfrage zeigen sich Überschneidungen in der Argumentation. In der Regel fokussiert die extreme Rechte ihren Kulturpessimismus auf den angelsächsischen Kapitalismus und stellt diesem ein positiv aufgeladenes europäisch-nationales Modell gegenüber. (...) Damit verbunden ist zumeist die Ablehnung einer durch die Globalisierung betriebenen kulturellen Gleichschaltung aus dem englischsprachigen Raum, der ein stärkeres Bewußtsein der europäischen »Kulturvölker« entgegengesetzt werden müsse. Trotz ihres internationalen Charakters finden sich in der globalisierungskritischen Bewegung ähnlich vereinfachende Zuschreibungen des »bösen« angelsächsischen Kapitalismus, gegen den bei uns oft der »gute« rheinische Kapitalismus bzw. das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ins Feld geführt wird. Angesichts der neoliberalen Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft dürfte dieses Unterfangen ein Versuch sein, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Alles in allem fehlt in den Feldern Ökonomie, Politik und Kultur häufig die notwendige Trennschärfe in der Argumentation. Zum einen ist dies der Modernisierung der extremen Rechten zuzuschreiben, die strategisch versucht, wirtschafts- und sozialpolitische Themen zu besetzen (...). Zum anderen steht die soziale Bewegung in der Pflicht zu klären, inwieweit sie mit ihren Aussagen und Protesten den Boden für Konzepte bereitet, die mit Demokratie und internationaler Solidarität nichts gemein haben. Aufmerksamkeit und ernsthafte Diskussion sind geboten, da die extreme Rechte fleißig an einem politischen Zukunftsentwurf arbeitet, der einen modernen Autoritarismus in einer formierten Wettbewerbsgesellschaft hoffähig machen soll und dessen

Befürworter im übertragenen Sinne ebenfalls einfordern: Eine andere Welt ist möglich!

***** Aus: Christine Buchholz/ Anne Karras/ Oliver Nachtwey/ Ingo Schmidt (Hg.): Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002**